



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 119'537
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 375.18
Abo-Nr.: 1053061
Seite: 18
Fläche: 14'842 mm²

Unsere gute Asylpolitik

Regierungsrat Mario Fehr zuversichtlich

C. W. · Die Stimmen, im Asylbereich sei alles nicht im Griff, seien leiser geworden, hat Regierungsrat Mario Fehr an einer Veranstaltung an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften in Winterthur konstatiert. Positiv gesagt: «Die Schweiz hat insgesamt eine gute Asylpolitik.» Sie müsse darauf achten, mehrheitsfähig zu bleiben, werde aber auch entsprechend getragen. Mit den Menschen, die bei uns Asyl suchten und, falls sie keine Flüchtlinge seien, das Land wieder verlassen müssten, gehe man anständig um.

Gemeinsam an der Reform

Der Sicherheitsdirektor sprach von einer «vorwärts führenden Dynamik», zu der speziell auch die gemeinsame Erklärung von Bund und Kantonen vom letzten Januar gehöre. Gemeinsam wird seither an einer neuen Aufgabenteilung

gearbeitet. Vorgesehen ist die Schaffung von etwa fünf Regionen für die Unterbringung, von denen der Kanton Zürich eine eigene bilden soll. Ein neuer Schlüssel für die Zuteilung der Asylsuchenden wird die Zentren des Bundes, aber auch die Tatsache berücksichtigen, dass die grosse Mehrheit der Ausschaffungen über den Flughafen Zürich erfolgt. Verantwortungen und finanzielle Abgeltungen werden nun im Einzelnen ausgehandelt – kaum nur in Minne, aber bisher ohne öffentlichen Streit.

In Zürich wird am 6. Januar die Testphase des neuen Asylverfahrens beginnen. Die Gesetzesrevision ist nach Ansicht des Regierungsrats so zu planen, dass die Ergebnisse des Versuchs noch einfließen können. Fehr lobte im Weiteren die «Vollzugstreue» der Gemeinden bei der Unterbringung der Asylsuchenden. Sicherheitsprobleme gehe man gemeinsam an. Wegen gravieren-

der Verstösse gegen die öffentliche Ordnung wurden dieses Jahr bisher 55 Eingrenzungen (Aufenthaltsrayons) verfügt. Vorbeugend wirken Beschäftigungsprogramme, wofür die Regierung gerade kürzlich Kredite gesprochen hat.

Nicht ohne Herkunftsstaaten

Peter Arbenz, erster Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge, Eduard Gnesa, Botschafter für Migrationsfragen, und Urs Betschart, Chef des Zürcher Migrationsamts, widersprachen der zuversichtlichen Darstellung erwartungsgemäss kaum. Bekräftigt wurde die Bedeutung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten, die oft Gegenleistungen für die Wiederaufnahme ihrer Bürger verlangen. In den Gesprächen mit Algerien über Hilfe bei der Identifikation von Weggewiesenen gab es Fortschritte, doch tauchten neue Probleme auf.